

## Positionspapier der ID Dillenburg 2012

Die Entwicklung einer lebendigen Innenstadt und Ortszentren ist zentrales Ziel unseres Vereines. Die zukunftsfähige Entwicklung als Beitrag zur Innenentwicklung ist kein Selbstläufer.

Der demographische und wirtschaftsstrukturelle Wandel hinterlässt seine Spuren auch in Dillenburg. Leer stehende Ladenlokale und aufgegebene Kauf- und Warenhäuser sind Beispiele dafür, dass auch unsere Stadt in ihrer Qualität und Funktion bedroht ist.

Wir wünschen uns einen engen Gedankenaustausch aller Bürger, Vereine und politischer Parteien zur Förderung einer nachhaltigen Standortentwicklung. Gemäß unserer Vereinssatzung brauchen wir Bürger, die sich für diese Ziele einsetzen und ihre Bereitschaft, an einer Weiterentwicklung aktiv mitarbeiten. „Aus Betroffenen müssen Beteiligte werden“.

Aus diesem Grunde verfolgen wir aktiv unser Sternstundenkonzept auch im Jahr 2012.

Auch Hessen hat bereits eigene Initiativen auf den Weg gebracht, um die Kommunen bei der Entwicklung ihrer Zentren fachlich-inhaltlich zu unterstützen. Wir wünschen uns, dass hier auch unsere Bürger, zügig im Vorfeld von Entscheidungen eingebunden, sowie die Informationen allen Beteiligten transparent bekannt gemacht werden, damit diese auch in die Lage versetzt werden die fachlich-inhaltlichen Vernetzung für die Innenstädte und Ortszentren mit zu tragen.

Seit 2008 besteht das Städtebauförderungsprogramm „Aktive Kernbereiche“ in Hessen als Ausgestaltung des Bund-Länder-Programms Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Mit dieser Schwerpunktbildung gibt das Land Hessen seinen Städten und Gemeinden ein neues Instrument an die Hand, um die Unverwechselbarkeit und das urbane Leben in den Zentren und Kernbereichen mit seiner Vielfalt aus Einzelhandel, Dienstleistung, Handwerk, Kultur, Gastronomie und Wohnen nachhaltig zu stärken.

Eine Auflistung aller Ergebnisse die dieses Programm für Dilleburg gebracht hat wäre für eine gute Informationspolitik sicherlich nützlich.

Hat die Stadt die Möglichkeit eines Verfügungsfonds geprüft? Wenn ja, wo und wie?

Zur stärkeren Beteiligung und Mitwirkung von Betroffenen kann eine Gemeinde einen Verfügungsfonds einrichten, dessen Mittel ein lokales Gremium (z.B. die lokale Partnerschaft) vergibt. Der Fonds finanziert sich mit bis zu 50 Prozent aus Mitteln der Städtebauförderung von Bund, Land und Gemeinde sowie zu mindestens 50 Prozent aus Mitteln privater Akteure oder zusätzlichen Gemeindemitteln. Die Mittel des Fonds werden für Investitionen und investitionsvorbereitende Maßnahmen verwendet. Mittel, die nicht aus der Städtebauförderung stammen, können auch für nicht-investive Maßnahmen eingesetzt werden.

Welche Ideen und Maßnahmen gibt es in Dillenburg, dem Trend nach außen (immer mehr Geschäfte werden wegen der Mobilität außerhalb des Stadtzentrums angesiedelt) entgegenzuwirken?

Wie sieht es mit der Mobilität in unserer Innenstadt aus?

Besteht eine Möglichkeit den Einzelhandel in dem Zentrum zu unterstützen und öffentliche Einrichtungen in der Innenstadt zu verstärken?

Wir, die Initiative, sind der Meinung, dass die Parteien und die Verwaltung der Stadt den ständigen Dialog mit den Bürgern pflegen müssen, d.h.

„Aus Betroffenen müssen Beteiligte werden“.

Wir werden die Parteien, die ja eine politische Vorgabe an die Verwaltung machen sollten in unsere Überlegungen einbinden und diese bitten, ihre Vorstellungen und Verantwortung für eine nachhaltige Stadtentwicklung vorzustellen.

Das Parlament sagt was gemacht werden soll und die Verwaltung wie!

Wir sind bereit unsere Sachkompetenz einzubringen. Aktive Standortpolitik ist zwingend ein öffentliches Gut. Die hierfür erforderlichen Mittel müssen in fairer Partnerschaft sowohl von der öffentlichen Hand als auch aus privaten Mitteln aufgebracht werden.

Jede Form des Stopfens allgemeiner kommunaler Haushaltslöcher durch sachfremde Sonderabgaben eines einzelnen Wirtschaftszweiges lehnt die ID rundweg ab und wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren.

Konkret lehnen wir die in einschlägigen Satzungen verschleiern, "Kulturförderabgaben o.ä. genannt werden ab.

Diese als kommunale Aufwandssteuern erhobenen Kulturförderabgaben fließen in den all. Haushalt der Städte und unterliegen de jure keinesfalls der suggerierten Zweckbindung.

Selbstverständlich brauchen wir eine neue Form der Partnerschaft zwischen privatem Sektor und öffentlicher Hand.

Investitionen in die touristische Infrastruktur und Vermarktung müssen als öffentliches Gut anerkannt und über Tourismusabgaben von allen direkten und indirekten Nutznießern angemessen refinanziert werden. Eine Zweckgebundene Mittelverwendung ist dabei ebenso eine Voraussetzung wie eine auch zukünftig sicher zu stellende kommunale Mitfinanzierung.

Auch für Dillenburg gilt:

-Zentrale Aufgaben aus Wirtschaft und Handel, Wohnen und Kultur sollen nicht isoliert voneinander, sondern in ihrer Zusammenschau entwickelt werden.

-Es sollen Lösungsansätze zur Stärkung der Kernbereiche erarbeitet werden, die die Gesamtheit der Aufgaben der Kernbereiche und ihre Rolle in der Gesamtstadt im Blick haben.

-Ein entscheidendes Element für die Programmumsetzung sind daher integrierte Handlungskonzepte als Ergebnis eines kooperativen Planungsprozesses, die im Hinblick auf die Stärkung von Kernbereichsfunktionen auch ein Einzelhandelskonzept einschließen.

-Auf ihrer Grundlage sollen investive und nicht-investive Projekte entwickelt und realisiert werden.

Wir hoffen, dass die Stadt Dillenburg sich aktiv an dem Sonderprogramm „Innenstadtförderung“ der Bundesregierung beteiligt.

Diese Chance einer Zentrums -Gestaltung sollte in einem gemeinsamen Abstimmungsprozess 2012 genutzt werden.